

Illusionen von Macht und Sozialismus

Alexander
Van der Bellen

1918 war mit der militärischen Niederlage und dem Zerfall des Habsburgerreiches die alte Gesellschaftsordnung diskreditiert; für kurze Zeit entstand ein Vakuum der Macht, das der Sozialdemokratie praktisch kampfflos die Staatsgewalt im neuen Deutsch-Österreich zuschwemmte. Der historische Augenblick, von dem die Opposition gegen Feudalismus und Kapitalismus so lange geträumt hatte, war plötzlich da; und verstrich — jedenfalls hinsichtlich der materiellen Umstrukturierung des Wirtschaftssystems — fast ungenutzt. Der Erklärung dieses Phänomens ist Weissels hochinteressantes Buch gewidmet.

Erwin Weissels Buch* beginnt zweckmäßig mit der Darlegung der verschiedenen Deutungen, die dem Begriff »Sozialisierung« von Bürgerlichen und

Sozialisten sowie innerhalb der zweiten Gruppe von Verfechtern revolutionärer bzw. evolutionärer Politik gegeben wurden (Kapitel 1, S. 17—36). Während die Mehrheit der bürgerlichen Autoren Interpretationen zuneigte, die teilweise in die Richtung des soziologischen Terminus »Sozialisierung«, teilweise in die Richtung systemimmanenter, die Eigentumsverhältnisse kaum berührende Sozialpolitik gingen (vgl. S. 17 f.), »verstand die Mehrheit der Sozialdemokratie — wie auch eine nicht unbeträchtliche Minderheit im bürgerlichen Lager (vor allem die Wirtschaftstheoretiker) — unter Sozialisierung einen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus« (S. 19; Hervorhebung von mir). Dieser Übergang sollte schrittweise in allmählicher Verdrängung kapitalistischer Unternehmen durch von Arbeitern geschaffene Institutionen erfolgen — das war die »evolutionäre« Auffassung, deren Vertreter primär aus der Genossenschaftsbewegung stammten; er sollte zunächst und abrupt bei den materiellen Entscheidungsbefugnissen ansetzen, durch Enteignung der privaten Produktionsmittel und Ersetzung der kapitalistischen Unternehmer durch sozialistische Leitungsgremien — das war die »revolutionäre« Auffassung.

Wenn Sozialisierung Übergang zum Sozialismus ist, wodurch ist dieser dann charakterisiert? Weissel klassifiziert die vor 1914 gängigen Vorstellungen anhand von zwei Kriterien: 1. der Einstellung zum *privaten Eigentum* an Produktionsmitteln und 2. der Einstellung zur Frage der *Produktionslenkung* bzw. zum Problem, durch welche Mechanismen Produktion und Bedarf bzw. Angebot und Nachfrage zur Übereinstimmung gebracht werden (S. 30—32). Primäres Klassifikationsmerkmal für Weissel ist das erste; mit seiner Hilfe gelangt er zu drei Grundkategorien

* Erwin Weissel, *Die Ohnmacht des Sieges. Arbeiterschaft und Sozialisierung nach dem Ersten Weltkrieg in Österreich*. Europaverlag, Wien 1976, 465 Seiten.

sozialistischer Systeme: I. »kollektivistische« Systeme, in denen eine private Aneignung von Produktionsmitteln nicht möglich ist, wohl aber Dritte von deren Benutzung ausgeschlossen werden können (zum Beispiel staatlich konzessionierte Überlassung von Produktionsmitteln); II. »proprietäre« Systeme, in denen zwar private Aneignung von Produktionsmitteln zulässig ist, ihrer Verwendung aber vom Staat strikte Grenzen gezogen sind (einige der seit kurzem in der SPD bzw. der BRD diskutierte Konzepte von Investitionslenkung weisen dazu wohl Parallelen auf. Weissel geht jedoch darauf, wie überhaupt auf die Entwicklung seit der Mitte der zwanziger Jahre, nicht ein); sowie III. sogenannte *Mischsysteme*, in denen das Privateigentum bloß hinsichtlich eines Produktionsfaktors in mindestens einer der eben beschriebenen Formen aufgehoben ist, und zwar in der Regel bei Grund und Boden. Die theoretischen Arbeiten zur Sozialisierung bis 1914 werden dann anhand dieses Schemas dargestellt und analysiert (Kap. 3—5, S. 47—104).

Zuvor aber (Kapitel 2, S. 37—46) wird kurz »das *Marxsche* Konzept« erörtert und vor allem zu zeigen versucht, weshalb im marxistischen Ansatz die Probleme von Bedingungen und Folgen der Lohnarbeit von Besitzlosen nicht ohne Infragestellung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln gelöst werden können. Diese Probleme können stichwortartig mit *Selbstentfremdung* des abhängig Arbeitenden und Reduzierung der menschlichen Arbeitskraft auf eine *Ware*, die für die Nationalökonomie außerhalb des Dienstes für fremdes Kapital gar nicht existiert, bezeichnet werden. Auf zwei (meines Erachtens allzu kurzen) Seiten behandelt Weissel zwei nach Ansicht von Marx und Engels fundamentale Voraussetzungen für das Gelingen einer »Aufhebung« des bürgerlichen Eigentums: einmal genügt *keineswegs* eine *Verstaatlichung* des Eigentums, da zwar das Individuum die Gemeinschaft benötigt, um seine Anlagen umfassend

auszubilden, der existierende Staat aber bloß ein Surrogat von Gemeinschaft sei, das es gerade zu stürzen und umzuwälzen gelte. Daraus ergibt sich zum anderen, daß *teilweise* Verstaatlichungen nichts am kapitalistischen Charakter von Produktion und Verteilung zu ändern vermögen (S. 41/42; siehe auch S. 208 f.). — So interessant dieses Kapitel auch ist, mir steht es zu isoliert neben den anderen. So wird nicht erörtert, ob bzw. inwieweit proprietäre oder gar Mischsysteme mit dem marxistischen Ansatz als vereinbar angesehen werden können oder wie hoch der Stellenwert des Marxschen Gedankenguts in der Sozialdemokratie vor 1918 eigentlich war. Denn die einigermaßen kärglichen Versuche, nichtkapitalistische Unternehmen zu schaffen, mit denen sich die österreichische Sozialdemokratie um 1919 begnügte, vom deutschen Fiasko ganz zu schweigen, können in marxistischer Sicht wohl kaum als Sozialisierung, als Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus aufgefaßt werden.

Noch eine weitere Notiz dieses zweiten Kapitels ist interessant: daß Marx und Engels Erklärungen zur Lenkung der Produktion bzw. *Allokation der Produktionsfaktoren* in einem sozialistischen Wirtschaftssystem nicht für nötig hielten; vielmehr werde sich, wenn nur die Produktivkräfte entsprechend hoch entwickelt seien, die Produktion »gemäß den vernünftigen Einsichten der Gesellschaftsmitglieder und deren Kooperation entwickeln« (S. 43/44). — Ich frage mich, ob dieser Anarchismus nicht sogar Bakunin und Kropotkin zu naiv erscheinen mußte; ich bin zu wenig Marx-Kenner, um zu beurteilen, ob er nicht mehr zum Allokationsproblem im Sozialismus zu sagen hatte. Auf diese Weise wird es ja zur Trivialität wegdefiniert: wo keine Knappheit, da kein Allokationsproblem; im Schlaraffenland gibt es per definitionem keine Zuteilungsprobleme in Produktion und Konsum, und auch keine Verschwendung, da dieser Begriff den Vergleich knapper Ressourcen

für alternative Verwendungszwecke impliziert. (Nebenbei bemerkt, wäre meines Erachtens zu klären, ob die Stabilität einer Gesellschaft im Überfluß nicht Begrenztheit und Konstanz der menschlichen Bedürfnisse voraussetzt.)

Zu Recht kritisiert Weissel (das ist ein zentrales Thema seines Werkes) den »Hurra-Sozialismus« (S. 11) des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, der sich über den anzustrebenden Zustand triviale, über den Weg dahin — über den Übergang zum Sozialismus: den Modus von Verstaatlichungen, über flankierende Maßnahmen, die Verstaatlichungen erst zu »Sozialisierungen« machen, über den Einsatz der Staatsgewalt, wenn man sie einmal in Händen hätte — allzu wenige Gedanken machte. Aber es scheint, als ob das Defizit an, sagen wir, »Übergangstheorie« bereits im Werk von Marx und Engels angelegt ist; auf sie folgende Theoretiker der Arbeiterbewegung versuchten zwar vereinzelt, dieses Defizit aufzuarbeiten, blieben aber de facto in der Partei ohne Widerhall (S. 113, 115; zur Erklärung dieser Ignorierung S. 112—119). Dieses Defizit war nach der überzeugenden Ansicht von Weissel eine entscheidende Ursache für das Versagen der Sozialdemokratie nach 1918 (Versagen gemessen an den eigenen Ansprüchen).

Das Defizit an Übergangstheorie war bei der russischen SDAPR 1917 kaum geringer zu veranschlagen (vgl. S. 51). Dies scheint dem Weisselschen Erklärungsmuster zunächst zu widersprechen. Die Revolutionen in Rußland und in Deutschland bzw. Österreich entstanden jedoch völlig unterschiedlich: dort, überspitzt gesagt, »gemacht« von der Partei um Lenin, hier »war (sie) einfach da. Die Sozialdemokratie hatte sie nicht gemacht und mußte sie doch als die ihre legitimieren, weil sie die Revolutionäre stellte« (S. 423; 132 f., 147). Die russische Revolution lebte zunächst von der Devise »Frieden und Land«, die kommunistische Partei festigte ihre

(diktatorische) Stellung im langjährigen Bürgerkrieg gegen die Weiße Armee, so daß sie sich erst Mitte der zwanziger Jahre den grundsätzlichen Planungsproblemen einer Friedensökonomie zu stellen hatte. Die deutsche und österreichische Sozialdemokratie dagegen hätte bei der Machtübernahme, die ihr 1918 in den Schoß fiel, schon ein Konzept haben müssen, zumal sie sich unter enormem Zeitdruck fühlen mußte, da sie die parlamentarisch-demokratischen Spielregeln als politische Restriktion akzeptiert hatte. — Weissel ist zwar zuzustimmen, wenn er schreibt, daß damals ja der Bruch dieser Spielregeln, der Faschismus, nicht vorhersehbar war (vgl. S. 425); aber wie waren denn die Erfolgsaussichten einer Partei, die bei den eigenen Anhängern übertriebene, notwendig zu Enttäuschungen führende Erwartungen und durch verbales Revolutionsgetöse den bürgerlichen Gegner weckte, auf mittlere Sicht unter parlamentarisch-demokratischen Bedingungen zu beurteilen?

Nun einige Punkte zu den Kapiteln 3 und 4 des ersten Abschnitts, der Analyse der »kollektivistischen« und »proprietären« Systeme. Einige wenige Autoren (zum Beispiel O. Köhler, 1891, oder G. Sulzer, 1899, siehe S. 58) beschäftigten sich zumindest mit einem Teilaspekt des *Allokationsproblems*, nämlich der Steuerung des *Arbeitsmarkts*. Weissel erarbeitet sehr plastisch (S. 54—58) das Dilemma, in dem sich diese Autoren fanden: einerseits sozialistisch-egalitäre Zielvorstellungen (»jedem nach seinen Bedürfnissen«) hinsichtlich der Einkommensverteilung, andererseits die auf Grund des Wohlstands- oder Wachstumsziels gegebene Notwendigkeit, Arbeitskräfte zur Wanderung in Beschäftigungen mit jeweils höherer Grenzproduktivität anzureizen. (Ein kurzfristig ohne Einsatz von paramilitärischem Arbeitszwang nicht zu lösendes Dilemma.) Sehr interessant auch Weissels kritisch-skeptische Auseinandersetzung mit der Idee, den Kapitalismus durch Unternehmen in der

Hand von Arbeitnehmerorganisationen, im wesentlichen *Genossenschaften*, zu überwinden (S. 71—79), gipfelnd in der These, daß »in der Sozialisierungsdebatte die Theoretiker und Praktiker der Genossenschaftsbewegung eine bedeutende Rolle spielten, ohne irgendwie relevante Diskussionsbeiträge zu liefern, und damit die Sozialisierung eher hemmten als förderten« (S. 79).

Ein Teil der proprietären Systeme läßt sich dadurch charakterisieren, daß die teilweise Aufhebung des Privateigentums nicht am Produktionsmittel, sondern am Produkt orientiert ist: »Die Produktion bestimmter Güter — und damit indirekt die Verfügung über bestimmte Produktionsmittel — wird den Privaten entzogen und zugleich die Verteilung dieser Güter über den Markt ausgeschlossen . . . das Konzept (setzt sich) aus einem kollektivistischen — sogar egalitären — System für einen Teilbereich und einem kapitalistischen System für den restlichen Bereich zusammen. Dieses Nebeneinander war von Anfang an der zentrale Angriffspunkt der sozialdemokratischen Kritik« (S. 90/91), und Weissel, wenn ich ihn richtig lese, schließt sich ihr an. Nun könnte das ebensogut eine Kurzcharakteristik unseres *gegenwärtigen* Wirtschaftssystems sein: bestimmte Güter, zum Beispiel Gesundheitsvorsorge oder soziale Sicherheit, werden zu »öffentlichen« Gütern, deren Produktion und Verteilung staatlichen Apparaten obliegt, erklärt, der »Rest« der Güter wird vom »privaten« Sektor, der sich an Marktmechanismen orientiert, produziert und verteilt. Heute noch ein zentraler Angriffspunkt sozialdemokratischer Kritik? Schade, daß Weissel, ein ökonomischer Analytiker von Rang, seinen Blick strikt auf das historische Problem verengt und sich nicht einmal auf Fußnoten zur gegenwärtigen Situation der theoretischen Nationalökonomie wie auch sozialdemokratischer Praxis einläßt.

Das 6. Kapitel (S. 107—143) bringt eine informative Übersicht und einführnde Analyse der Sozialisierungs-

bestrebungen, und auch der Gegenargumente, in einigen europäischen Staaten um 1918, vor allem Deutschland und Deutsch-Österreich, das 7. Kapitel (S. 144—201) vor allem die Kritik der Devise der österreichischen Sozialdemokraten jener Tage: zuerst die bürgerliche Revolution vollenden (politische Freiheiten etablieren, für materielle Chancengleichheit vorsorgen, ohne den Kapitalismus als Rahmen in Frage zu stellen), dann den Übergang zum Sozialismus vollziehen — die *Zwei-Phasen-These*, nach Weissels Ansicht der Ausdruck des Zurückschreckens der Sozialdemokratie vor der Revolution, die ihr die Macht im Staat geschenkt hatte (S. 146, 174, 424). Im Bestreben, die Möglichkeiten der bürgerlichen Demokratie zunächst voll auszuschöpfen, wurden das *Betriebsrätegesetz*, das *Tarifvertragsgesetz* und das *Arbeiterkammergesetz* (S. 176—191) verabschiedet — Meilensteine in der Geschichte der Sozialpolitik, der Versuche, »dem Arbeiter eine gleichberechtigte Position in der Welt der Kapitalisten zu verschaffen« (S. 191), aber ohne revolutionären, sozialisierenden Elan.

Im 8. Kapitel (S. 202—251) werden die Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern von Vollsozialisierungskonzepten und jenen von Teilsozialisierungskonzepten (schrittweise statt schlagartige Sozialisierung) kommentiert, im 9. und 11. (S. 252—298, 358—421) die konkreten Maßnahmen in Deutschland und Österreich einschließlich der Frage, wieso in Österreich zunächst größere Erfolge zu verzeichnen waren als in Deutschland. Das 10. Kapitel analysiert Entwicklung und schließliches Scheitern der sogenannten gemeinwirtschaftlichen Anstalten (S. 299 bis 320) und anschließend einige Faktoren, die maßgeblich dazu beitrugen, daß die Sozialdemokraten in den zwanziger Jahren keine parlamentarische *Mehrheit* erringen konnten: die Unfähigkeit, sich rechtzeitig auf ein für die *Bauern* attraktives Programm zu einigen (S. 320—328); unzureichende Glaubwürdigkeit hinsichtlich der Ein-

stellung zur Emanzipation der *Frauen* (S. 329—337); *antisemitische* Tendenzen in der Arbeiterschaft, die von der Kirche als Vehikel zur *Abspaltung* der christlichen Arbeitervereine benutzt wurden, sowie der die politische Rechte fördernde Einfluß der *Kirche* im allgemeinen (S. 337—340, 345—347); die Dominanz der Bürgerlichen im *Pressewesen*; und die rasch wachsende Abhängigkeit vom *Auslandskapital*, mitverursacht durch die Notwendigkeit, das chronische Passivum der österreichischen Zahlungsbilanz durch Kapitalimporte abzudecken (S. 347 bis 349).

Die *gemeinwirtschaftlichen Anstalten* in Österreich bestanden zum Teil aus ehemaligen Heeresbetrieben, zum Teil waren sie vom Bund gemeinsam mit anderen Körperschaften (zum Beispiel dem Verband der Krankenkassen) gegründet worden. Ihr Scheitern scheint mir, abgesehen von den konkreten Problemen der Märkte, in denen dieser heterogene »Konzern« zu operieren hatte, im wesentlichen in ihrer widersprüchlichen Aufgabenstellung oder Zielkonzeption begründet zu sein: Sie sollten Konsumenteninteressen durch zurückhaltende Preispolitik berücksichtigen, sie sollten die Arbeiter direkt oder indirekt am Gewinn beteiligen (wobei sich bald »syndikalistische, betriebsegoistische Tendenzen der primitivsten und übelsten Art« zeigten; S. 303), und sie sollten die Basis fortschreitender Sozialisierung sein — das heißt, sie sollten expandieren, was wiederum die Erarbeitung disponibler Gewinne vorausgesetzt hätte. So unterschiedlichen Herren kann man nicht gleichzeitig dienen. Analoge Probleme lassen sich auch in der Geschichte der verstaatlichten Industrie nach 1945 aufzeigen, wie ich kürzlich an anderer Stelle notierte (1977, S. 30 und 118 ff.).

Damit ist ein Aspekt des Buches angeschnitten, der oben schon angedeutet wurde: mir ist die Beschränkung auf den *historischen* Kontext allzu strikt. Zwar findet sich im Vorwort ein Hin-

weis, daß ein Teil der Arbeit unter dem Eindruck des Putsches in Chile entstand »und vieles, was nach 1918 gesagt und geschrieben worden war, eine geradezu gespenstische Aktualität erhielt« (S. 11); und das Buch endet mit den Sätzen: »Die Parteiführung hatte nur einen irreparablen Fehler begangen: sie hatte geglaubt, der Gegner halte sich an vereinbarte Regeln (gemeint ist die parlamentarische Demokratie; VdB.). Den Fehler begeht sie allerdings heute noch« (S. 425). Mir ist dieser etwas kryptische Hinweis auf die Gegenwart (welche Gegenwart? die chilenische, österreichische, bundesdeutsche?) zu wenig, wobei ich mir im klaren darüber bin, daß man natürlich so gut wie jedes Buch mit Hinweisen darauf, was nicht drinsteht, kritisieren kann. Trotzdem: es ist schade, daß ein so fundierter Kenner der Sozialisierungsproblematik sich jeden Hinweises etwa auf den Sinn von Sozialisierungen heute, auf Parallelen und Unterschiede zu damals oder auch zwischen der Situation von 1918 und 1945, auf den Wandel der Einstellung in der Sozialdemokratie zur Sozialisierungsfrage usw. enthalten hat. (Inzwischen haben E. März und F. Weber [1977] den Parallelen und Unterschieden zwischen der Situation von 1918 und der von 1945 hinsichtlich der Sozialisierungsfrage einen fundierten Aufsatz gewidmet. Vgl. auch E. März 1978 sowie bereits E. März 1965, Seite 45 ff.) Durch diese Enge des Blickfeldes läuft das Buch Gefahr, nur von Historikern gelesen zu werden, während es sich sonst viel eher als wesentlicher Beitrag zur gegenwärtig geführten Diskussion um öffentliche Unternehmen (neuerdings etwa Thiemeyer, 1975, Loesch, 1977, VdB., 1977) und zur Erörterung der langfristigen Ziele der Sozialdemokratie ausweisen könnte.

Abschließend zwei technische Mäkelchen, die ich mir nicht verbeißen kann. Zur Zitierweise: Bei Zeitschriftenartikeln wird bloß der Band der Zeitschrift, nicht aber das Erscheinungsjahr angegeben. Bei Büchern Ort

und Jahr, nicht aber der Verlag. Beides muß den interessierten Leser irritieren. Das Buch hat ein Personen-, aber kein Sachregister. Für den, der das Buch nicht in einem Zug liest, ist dies ärgerlich und kann prohibitiv zeitraubend sein. So wird auf Seite 12 eine Auseinandersetzung mit der Katholischen Soziallehre angekündigt; diese findet sich etwa auf den Seiten 46, 49, 64, 68—70, 79, 92, 142 f., 344, 345—347, ist also nicht auffindbar, ohne das ganze Buch zu lesen. Oder: Es kann sehr mühsam sein, die Definitionen von Termini wie Kriegssozialismus, Staatssozialismus, Gildensozialismus usw. ohne Sachregister zu finden.

Der Klappentext des Verlags verheißt ein »Standardwerk der Zeitge-

schichte über den Sozialisierungsversuch in Österreich nach 1918, gestützt auf zeitgenössische Dokumente«. Ich stimme dem zu. Das Buch ist äußerst gründlich recherchiert und vermittelt einen informativen Überblick sowie sehr plausible politisch-ökonomische Interpretationen der Entwicklung bis etwa zur Mitte der zwanziger Jahre. Es ist flüssig geschrieben und im großen und ganzen übersichtlich gegliedert. Weissel läßt keinen Zweifel aufkommen, welcher Seite seine Sympathien gehören — aber das trübt seinen Blick für politische und ökonomische Realitäten nicht. Dieses Buch, würde ich meinen, wird für längere Zeit Standardlektüre auf dem Gebiet der Geschichte der Sozialisierungsversuche bleiben.

LITERATUR

- A. Loesch, *Die gemeinwirtschaftliche Unternehmung*. Bund-Verlag, Köln 1977.
- E. März, *Österreichs Wirtschaft zwischen Ost und West*, Europaverlag, Wien 1965.
- E. März, *Nochmals: Zur Frage von Eigentums- und Verfügungsverhältnissen*, in: »Die Zukunft«, Februar 1978, Seite 29/30.
- E. März und F. Weber, *Verstaatlichung und Sozialisierung nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Eine vergleichende Studie*. Manuskript, Wien 1977.
- Th. Thiemeyer, *Wirtschaftslehre öffentlicher Betriebe*. Rowohlt, Reinbek 1975.
- A. Van der Bellen, *Öffentliche Unternehmen zwischen Markt und Staat*. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1977.